

274

272

278

268

283

263

323

223

373

173

halten sollen, welche einen Verein verbietet, in welchem Bürger friedlich zusammen kamen, um die Angelegenheiten der Zeit zu besprechen.

Stuttgart. Ein Artikel des Beobachters Nr. 149 mit halbofficiellem Ansich verlangt, daß die im Monat September zusammentretende Ständeversammlung nach Prüfung der bisherigen Verwaltung die bisherigen Steuern bis 1. Juli 1849 freiwillig, ohne sich zuvor einen Etat zur Prüfung vorlegen zu lassen. Zugleich eröffnet er uns die tröstliche Aussicht, daß für das laufende Etatsjahr pro 1. Juli 1849, eine Verminderung der Steuern aus nicht näher nachzuweisenden Gründen unmöglich ist. Ferner erfahren wir daraus, daß das Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volks vor Anfang des nächsten Jahres voraussichtlich nicht erfolgen, bis dahin also die bisherige ständische Versammlung Württembergs, welche den Privilegien des Adels so freundlich huldigte, bestehen, und dann erst ein auf den Grundgesetz direkter Wahlen gestütztes Wahlgesetz für eine constituirende Ständeversammlung erlassen werden wird, von welcher der Württemberger sein provinzielles Seil zu erwarten hat. Indessen soll die Ständeversammlung mit weniger wichtigen Dingen beschäftigt. Das ist der geistliche Weg, und den muß man einschlagen, denn wir leben beinahe ausschließlich im Revolutionszustand, und dieser Zustand erlaubt keine außerordentliche diktatorische Maßregeln, auch wenn solche noch so notwendig und dringend wären, und das Volk sie mit gewaltiger Stimme verlangte und der Reaction damit an einem schönen Morgen der Stachel ausgerissen werden könnte.

Nur langsam voran,
Immer langsam voran,
Daß der schwäbische Landsturm auch nachkommen kann.

Stuttgart. Die deutsche Nationalversammlung hat die Todesstrafe aufgehoben. Der große deutsche Einheitskämpfer Arndt und weiland Freiheitskämpfer wollte dieselbe durchaus für politische Verbrecher festhalten. Wäre seine Forderung durchgegangen, so hätte sich eine neue romantische Gelegenheitsarbeit für Abingung seines: „Was ist des deutschen Vaterland?“ ergeben, denn die um das Schwert etc. „Das soll es sein, das soll es sein, das blut'ge Deutschland soll es sein!“

Politische Nachrichten.

Die Huldigungsfeier am 6. August.

(Fortsetzung.)

Der Landgraf von Hessen-Homburg hat am 6. August die angeordnete feierliche Parade in der vorgeschriebenen Weise gehalten. Den Linientruppen schloß sich die Bürgerwehr an.

Nassau. Am 6. August huldigte das nassauische Militär durch ein dreimaliges Hoch und 21 Kanonenschüsse dem deutschen Reichsverweiser. Eine sonstige Feierlichkeit fand nicht statt.

Seit die österreichische Armee Sieg auf Sieg errungen, ist auch der Barometer in Beziehung auf den innigen Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutend gefallen. So erklärte der Graf Latour auf die an ihn im Reichstage gestellte Frage: ob die österreichische Armee dem Reichskriegsministerium in Bezug auf das Aufstecken der Cocarde am 6. August Folge leisten werde — daß diese Angelegenheit noch nicht im Ministerrath verhandelt worden sei (!); er seinerseits glaube, daß ein solcher Akt in diesem Augenblick für die österreichische Armee unausführbar sei, indem derselbe Uneinigkeit und Zwiespalt hervorrufen würde; diese Armee habe auch ohne Cocarde für die Freiheit und den Bestand Deutschlands gekämpft bei Leipzig etc. (Beifall von der slavischen Partei.) — Im Zusammenhang mit dieser seltsamen Erklärung steht ein Artikel, welcher über dieselbe Frage in der ministeriellen Allg. österr. Ztg. erschien, und welcher die tiefste Entrüstung bei allen Deutschgesinnten hervorgerufen hat. Dieses Blatt, welches immer, und namentlich noch vor einigen Tagen,

vorzüglich mit seiner entschiedenen deutschen Gesinnung brünst, und den König von Preußen wegen seines Separatismus noch in dem neuesten Blatt auf das Heftigste angriff, entbot sich nicht den Kriegsmünister Decker der Uebereilung zu zeihen, und dem Grafen Latour zu rathen, diesen ersten Befehl der Centralgewalt mittelst eines erbärmlichen Firtlesanzes zu umgeben. (S. P. 3.)

Baiern. In Baiern wurde der 6. August allenthalben unter der lebhaftesten Theilnahme der Bürger gefeiert, so in Nürnberg, Regensburg, Augsburg. In München versammelten sich die Landwehr und die Freicorps am Nachmittag des 6. auf der Meterschweige zur heitern Festsfeier. Dem „Reichsverweiser“ und dem „deutschen Vaterlande“ galten diesmal allein die Toaste. Nach jedem Trinkspruch mürchte sich in die rauschende Muff hinterfacher Büchienthal. Unter ungeheuerem Hallob, Pfeifen und Zischen ward ein riesiger Jopf zur Erde bestattet, und dann ertönten neue, zahllose Ovationen dem deutschen Vaterlande. Ein Offizier, welcher auch dem Könige ein Hoch ausbrachte, fand wenig Einstimmung, und wurde durch den Ruf der Wehrzahl übertönt: „Heute nicht, der heutige Tag gehört ausschließlich dem Reichsverweiser.“

Jnnbruck. Der Kaiser soll beschlossen haben, daß Erzherzog Franz Carl unverzüglich nach Wien abzureisen habe, wohn er ihm später folgen werde, wenn es seine Gesundheitsverhältnisse gestatten!

Dessau, 4. August. Heute hat unsere Stände-Versammlung folgenden Beschluß gefaßt: 1) Der Adel wird hiermit abgeschafft (einstimmig angenommen). Alle zur Bezeichnung des Adels dienenden Ausdrücke verlieren ihre Bedeutung (einstimmig angenommen). 2) Und dürfen nicht mehr gebraucht werden (mit 18 gegen 13 Stimmen angenommen). Das Herzogthum Dessau ist also das erste deutsche Land, welches den Adel abschafft. (Berl. N.)

Frankfurt, 8. August. (57. Sitzung der versammlunggebenden Reichsversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls verkündigt der Vorsitzende v. Sotiron, daß ihm in Bezug auf die gestrigen Vorfälle mehrere Anträge übergeben worden seien. Der eine, durch den Abg. v. Wincke im Namen von 170 Mitgliedern übergebene lautet: die Nationalversammlung möge über die Aeußerung Brentano's, weil durch dieselbe ein deutscher Volkstamm beleidigt und dadurch die Würde der Versammlung selbst verletzt worden sei, ihre Mißbilligung aussprechen. Ein zweiter Antrag geht dahin, daß Abgeordneter Brentano, weil seine Aeußerung einen edlen deutschen Volkstamm beleidigt und dadurch Zwietracht da, wo Einigkeit so sehr Noth thue, gesät habe, mithin unparthisch sei, zur Ordnung gerufen werde. Dagegen beantragen andere Mitglieder: Nachdem Brentano an der Fortsetzung seiner Rede verhindert, sogar thätlich bedroht und gegen allen parlamentarischen Gebrauch in der Sitzung selbst auf Pistolen gefordert worden, dadurch aber die Ordnung des Hauses gestört worden sei, solle der Präsident die Ordnung aufrecht erhalten. Präsident v. Sotiron spricht nun mit den Motiven des zweiten Antrages gegen den Abg. Brentano den Ordnungsruf aus. Die Linke erhebt sich in Masse, um dagegen zu protestiren. Die Anträge müßten erst diskutiert werden. Brentano ruft: Man darf mich nicht verurtheilen, ohne mich gehört zu haben. Der Präsident beharrt auf seinem Ausspruch. Der Tumult wird immer heftiger; die Sitzung wird auf eine Stunde suspendirt. Nachdem dieselbe (um 11 Uhr) wieder eröffnet worden, wiederholt der Vorsitzende von Sotiron den Ordnungsruf gegen Brentano und fügt hinzu: er spreche die ernst gemeinte Erwartung aus, daß dergleichen Auftritte sich nicht wieder erneuern werden. Auch gerechten Fortmüße man bemerken und unterdrücken können. (Neuer Widerspruch links. Vogi u. A. verlangen das Wort über den Ordnungsruf.) Präsident v. Gagern spricht seine Ansicht aus, daß der motivirte Ordnungsruf lediglich Sache des Präsidenten und kein Gegenstand einer Discussion sein könne. Die Partei, die sich verletzt glaube, stehe die Befugniß zu, an die Versammlung zu appelliren, aber im geordneten Wege mittelst eines schriftlichen Antrags. Im Interesse der Würde der Versammlung und des gemeinschaftlichen Zweckes, den ja keiner verläugnen werde, fordere er sie auf, diesen Weg einzuschlagen. Die Linke besteht, indeß darauf, daß über den Ordnungsruf diskutiert werde. Einzelne Stimmen rufen dem Vorsitzenden zu, das Präsidium niederzulegen. v. Sotiron: Das werde ich nicht! Hr. Brentano hat das Wort, um in seinem gestrigen Vortrage fortzufahren. Mehrere Mitglieder protestiren dagegen, und verlangen, daß erst

Ende

Anfang